

Wer das Hugohaus räumt, schickt Jugendliche zurück auf die Straße

„Wohnraum für alle“: keine Räumung in die Obdachlosigkeit!

*Liebe Nachbar*innen,*

am **Dienstag, dem 1. September**, droht in der Friedrichshainer Gürtelstraße 39 bis 41 die Räumung des **Hugohauses**, des ehemaligen Hostels Georghof, das seit rund zwei Jahren von 10 bis 20 jungen Punks bewohnt wird. Für viele von ihnen ist es das einzige Zuhause. Ein Investor aus Wien möchte das Grundstück entwickeln. Das von den Grünen geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg hat sich bislang öffentlich nicht geäußert.

Das Haus steht beispielhaft für einen bekannten Berliner Ablauf: erst Unterbringung von Geflüchteten vom Oranienplatz, dann jahrelanger Leerstand, Verfall, Vermüllung. Vor etwa zwei Jahren zogen junge Menschen ein, die dringend einen Ort zum Leben brauchten, und gaben dem Haus den Namen Hugohaus.

Es ist keine verwehrte Besetzung: Die Bewohner*innen haben große Mengen Müll beseitigt, Schäden behoben und das Gebäude wieder bewohnbar gemacht. Einer berichtet, zuvor acht Jahre auf der Straße gelebt zu haben. Im Hugohaus habe er erstmals wieder ein Zuhause gefunden. In zwei Jahren gab es keine Konflikte mit der Polizei. An der Fassade hängt die Forderung: „Wohnraum für alle“.

Nun droht die Räumung. Eine Leipziger Firma, nach eigenen Angaben tätig für eine erst vor rund einem Jahr gegründete Wiener Entwicklungsgesellschaft, will bebauen: Neu- und Bestandsbau, Tiefgarage. Statt auf Presseanfragen zu antworten, gab es für die

Bewohner*innen einen Zettel mit fünf Tagen Frist. Einen gerichtlichen Räumungstitel gab es dem Vernehmen nach nicht. Wer seit zwei Jahren dort lebt, lässt sich nicht per Unternehmens-Aufforderung binnen Tagen auf die Straße setzen.

Die aus dem Wohnungsmarkt fallen

Über steigende Mieten wird viel gesprochen, kaum über jene, die gar keinen Zugang mehr zum Wohnungsmarkt haben, am wenigsten über obdachlose Jugendliche. Wer mit 18 aus der Jugendhilfe fällt, ohne Bürgschaft, Schufa-Historie oder Kautions, hat kaum eine Chance. Im Hugohaus haben sich junge Menschen selbst geholfen, wo Politik und Verwaltung seit Jahren nur Programme ankündigen.

Was der Bezirk tun könnte

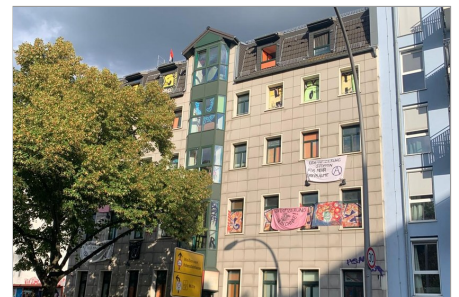
Der Bezirk trägt Verantwortung: Warum wurde der jahrelange Leerstand nicht nach dem Zweckentfremdungsrecht angegangen? Wie wird verhindert, dass aus einer Räumung neue Obdachlosigkeit entsteht? Möglich wäre ein **Runder Tisch** mit Eigentümerseite, Bewohner*innen und Sozialträgern, eine befristete Duldung oder Zwischennutzung, wie die Erfahrungen aus der Habersaathstraße zeigen. Warum jetzt vollständig räumen, wenn ein Bauvorhaben ohnehin noch auf Genehmigungen wartet?



Das ehemalige Hostel Georghof in der Gürtelstraße.



„Wollt ihr uns wirklich wieder auf der Straße?“



„Gentrifizierung stoppen für mehr Freiräume.“

Wir lassen uns nicht zurück auf die Straße schicken!

Kommt am 5. September, 13.00 Uhr zur Demonstration vor dem Roten Rathaus!

„Runter mit der Miete! Her mit den Wohnungen!“

Am 20. September wird das Abgeordnetenhaus gewählt. Bezahlbares Wohnen darf nicht nur auf Plakaten stehen.

kiezmiezen.de

nachaktiv gegen Gentrifizierung

